

Die Umwelt in Europa

Der Vierte Lagebericht
Zusammenfassung



Die Umwelt in Europa

Der Vierte Lagebericht
Zusammenfassung

Von Kiew nach Belgrad

Im Rahmen des Prozesses „Umwelt für Europa“ stellen sich nunmehr 56 Länder auf drei Kontinenten gemeinsam den umweltpolitischen Herausforderungen. Zur Unterstützung dieses Prozesses hat die Europäische Umweltagentur eine Reihe von Berichten zur Lage der Umwelt für die paneuropäische Region erarbeitet, um politisch relevante, aktuelle und zuverlässige Informationen über die Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft bereitzustellen.

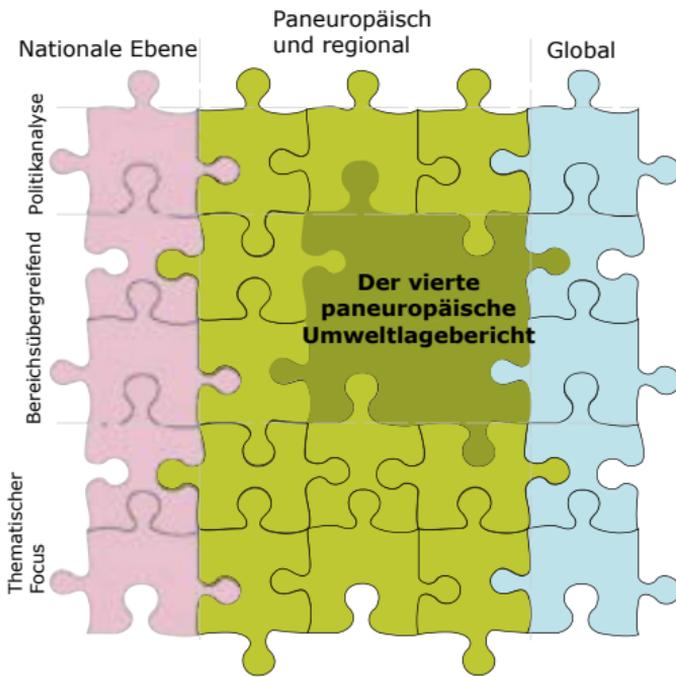
Der erste umfassende Bericht zur Lage der paneuropäischen Umwelt wurde im Jahr 1995 in Sofia vorgelegt. Aktualisierte Berichte wurden auf den Ministerkonferenzen in Aarhus im Jahr 1998 und Kiew im Jahr 2003 präsentiert.

Dies ist der vierte Bericht dieser Reihe. Wo immer dies möglich ist, werden in dem Bericht die Fortschritte bewertet, und zwar primär bezogen auf die Ziele des Sechsten Umweltaktionsprogramms der Europäischen Gemeinschaft und der Umweltstrategie für die Länder Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens.

Der Bericht wurde in enger Partnerschaft mit einer Vielzahl von internationalen Organisationen, Regierungsinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen in der gesamten Region erarbeitet.

Trotz bemerkenswerter Fortschritte bei der Förderung der Umweltpolitik und der nachhaltigen Entwicklung in der paneuropäischen Region, gibt es nach wie vor eine „Umsetzungslücke“ hinsichtlich der Anwendung integrierter politischer Konzepte.

Kontext des vierten Lageberichts



Quelle: Basierend auf Abbildung 1.5 des vierten Lageberichts.

Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen eindeutige und realistische Ziele sowie Mechanismen zur Überwachung der Fortschritte festgelegt werden.

Die Qualität der Umweltinformationen innerhalb der Region variiert nach wie vor, wobei die Unterschiede hinsichtlich der Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit von Daten erheblich sind. Es besteht reichlich Raum für eine weitere Verbesserung der Zugänglichkeit, aber auch Vergleichbarkeit und Zuverlässigkeit dringend benötigter Daten und Informationen.

Sozioökonomische Trends

Die paneuropäische Region zeichnet sich durch eine große kulturelle und ökologische Vielfalt aus. Mehr als 870 Millionen Menschen leben in der Region, mehr als die Hälfte in West- und Mitteleuropa (WCE), was die Europäische Union (EU) mit mehr als 100 Menschen je Quadratkilometer zu einem der am dichtesten bevölkerten Gebiete der Welt macht. Dies steht in starkem Gegensatz zu der relativ dünnen Besiedlung Osteuropas und Zentralasiens, wo die durchschnittliche Bevölkerungsdichte deutlich unter 20 Menschen je Quadratkilometer liegt.

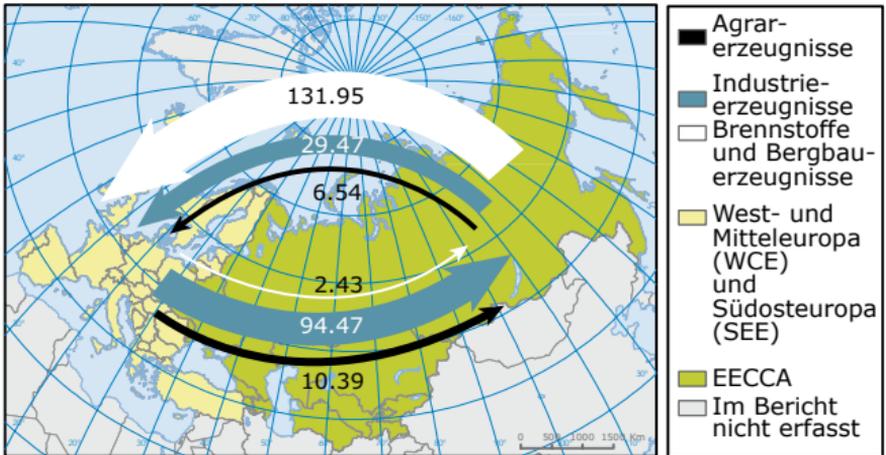
In den letzten Jahren hat der Wirtschaftsaufschwung in praktisch allen Ländern der paneuropäischen Region zu einer relativen Zunahme des Nationaleinkommens geführt. Die Wachstumsraten waren in Südosteuropa (SEE) und in den EECCA-Ländern besonders hoch.

Die paneuropäische Region und ihre Teilregionen: sozioökonomische Schlüsselindikatoren für 2005

	Fläche (1 000 km ²)	Bevölkerung (Millionen)	Einkommen (Pro-Kopf- BIP, USD)
West- und Mitteleuropa (WCE)			
EU-15	3 243	385	22 337
EU-10	729	74	5 594
EFTA und andere WCE	468	12	36 550
Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien (EECCA)			
Osteuropa	17 943	204	2 034
Kaukasus	186	16	1 112
Zentralasien	4 003	58	955
Südosteuropa (SEE)			
Westliche Balkanländer	264	22	2 236
Andere SEE	1 132	102	3 052

Quelle: Basierend auf Tabelle 1.2 des vierten Lageberichts.

Handelsströme zwischen WCE/SEE und EECCA im Jahr 2005 (Milliarden USD)



Quelle: Karte 6.1 des vierten Lageberichts.

Die Wirtschaftssysteme der EECCA-Länder stützen sich immer weniger auf die landwirtschaftliche Erzeugung, sondern zunehmend auf den Dienstleistungssektor. Nichtsdestoweniger ist die EECCA-Region nach wie vor vergleichsweise stark von der Gewinnung von Bodenschätzen und der Landwirtschaft abhängig, was häufig zu starken Umweltbelastungen und großen Abfallmengen führt.

Die Zahl der unabhängigen Staaten in der Region hat sich von 33 im Jahr 1990 auf 53 im Jahr 2007 erhöht; im gleichen Zeitraum kam es zu einer Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten.

Umwelt und Gesundheit: Luftqualität

Luftverschmutzung, vor allem durch Feinstaub und bodennahes Ozon, stellt nach wie vor eine erhebliche Gesundheitsgefährdung dar: Sie verkürzt die durchschnittliche Lebenserwartung in den WCE-Ländern um fast ein Jahr und beeinträchtigt die gesunde Entwicklung von Kindern.

In den EECCA-Ländern ist eine Zunahme von mehr als 10 % bei den meisten Luftschadstoffen zu verzeichnen, was auf den Wirtschaftsaufschwung, den Anstieg des Verkehrsaufkommens sowie die mangelnde Wirksamkeit von Politiken zum Schutz vor Luftverschmutzung zurückzuführen ist.

In den EECCA-Ländern ist aufgrund der schlechten Datenqualität eine tiefgreifende Beurteilung der Luftqualität und ihrer Folgen nicht möglich. Die begrenzten verfügbaren Daten lassen jedoch darauf schließen, dass Feinstaub und seine toxischen Bestandteile in den EECCA- und SEE-Ländern, ebenso wie in den WCE-Ländern, die hauptsächliche Gesundheitsgefährdung darstellen.

Prozentuale Veränderung der Emissionen (2000–2004)

Schadstoff	WCE	SEE	EECCA
Stickoxid (NO _x)	- 8.7 %	+ 5.7 %	+ 13.1 %
Schwefeldioxid (SO ₂)	- 19.6 %	+ 1.5 %	- 10.3 %
Flüchtige organische Verbindungen (VOC)	- 13.6 %	- 12.3 %	+ 11.2 %
Ammoniak (NH ₃)	- 2.6 %	- 5.7 %	- 14.4 %
Ozonvorläufer	- 11.3 %	- 2.1 %	+ 11.5 %
Feinstaub (PM ₁₀)	- 9.7 %	+ 2.2 %	+ 12.6 %

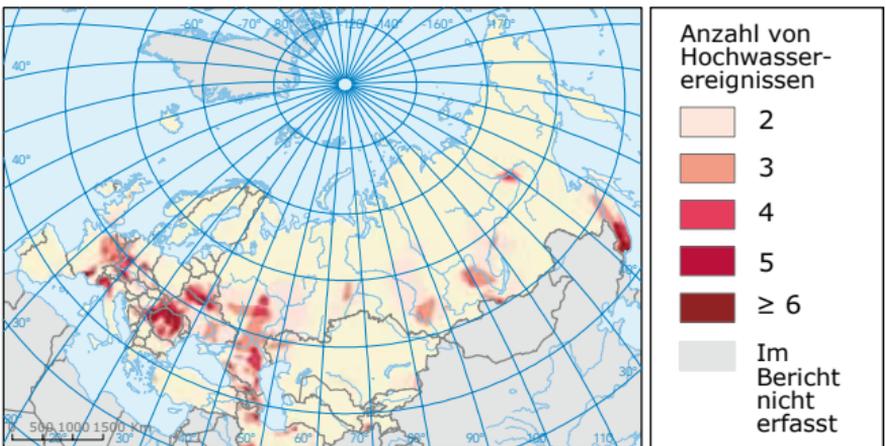
Quelle: Tabelle 2.2.1 des vierten Lageberichts.

Umwelt und Gesundheit: Binnengewässer

Mehr als 100 Millionen Menschen in der paneuropäischen Region haben noch immer keinen Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser und angemessenen Abwasserreinigungssystemen. In den EECCA- und SEE-Ländern hat sich die Qualität der Wasserversorgungs- und Abwasserreinigungsdienste in den vergangenen 15 Jahren kontinuierlich verschlechtert, wobei die Landbevölkerung am stärksten betroffen war.

Ein Drittel der paneuropäischen Bevölkerung lebt in Ländern, in denen die Wasserressourcen erheblichen Belastungen ausgesetzt sind. Hohe Leckageverluste in Wasserverteilungssystemen, schlechte Verwaltung und Instandhaltung von Bewässerungssystemen sowie nicht nachhaltige Anbauprogramme verschlimmern die Auswirkungen von Trockenheiten und Wasserknappheit.

Von Hochwasser betroffene Flusseinzugsgebiete (1998–2005)



Quelle: Karte 2.3.1 des vierten Lageberichts.

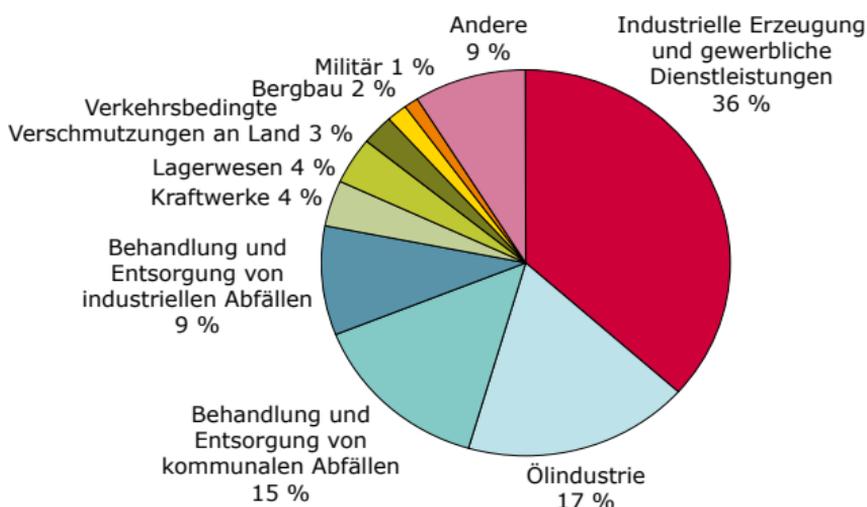
Umwelt und Gesundheit: Boden

Seit der Konferenz von Kiew wurden sowohl hinsichtlich der Entwicklung von Politiken als auch in Bezug auf die Verfügbarkeit von Informationen Fortschritte erzielt. Es ist jedoch noch zu früh, um spürbare Verbesserungen des Zustands der Bodenressourcen zu erkennen.

In Anbetracht der Komplexität der derzeitigen Risiken, insbesondere des Klimawandels, gilt es, Mechanismen, die eine faktengesicherten Grundlagen zur Unterstützung von Bodenmaßnahmen verbessern sollen, neu zu überdenken.

Der Austausch bewährter Verfahren zwischen Ländern und Regionen mit ähnlichen Bodenverhältnissen könnte die Sanierungskosten für viele Bodengefährdungen verringern und eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit darstellen.

Überblick über Bodenverunreinigungen verursachende Wirtschaftstätigkeiten in einigen WCE- und SEE-Ländern (% der untersuchten Standorte)



Quelle: Abbildung 2.4.2 des vierten Lageberichts.

Umwelt und Gesundheit: Gefährdung durch Chemikalien

Die chemische Industrie ist weltweit gewachsen. In der Europäischen Union hat die Produktion toxischer Chemikalien etwa im gleichen Maße zugenommen wie die gesamte chemische Produktion; beide Parameter wuchsen rascher als das BIP.

Die Globalisierung führt zu einer Verlagerung von Umweltbelastungen in Entwicklungsländer sowie zum Rückimport von Gefahren über die grenzüberschreitende Umweltverschmutzung und über kontaminierte Erzeugnisse.

Sowohl in Europa als auch weltweit wurden kürzlich wichtige neue Politiken und Rechtsvorschriften verabschiedet, die sich mit dem Chemikalienmanagement befassen. Für die EU umfasst dies die Rechtsvorschriften im Bereich der Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH), die im Jahr 2007 in Kraft traten. Auf internationaler Ebene wurde im Jahr 2006 der Strategische Ansatz für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICM) angenommen.

Darüber hinaus wurde das weltweit harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) vereinbart, und zudem traten das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe (POPs) und das Rotterdamer Übereinkommen über die vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung (PIC) in Kraft.

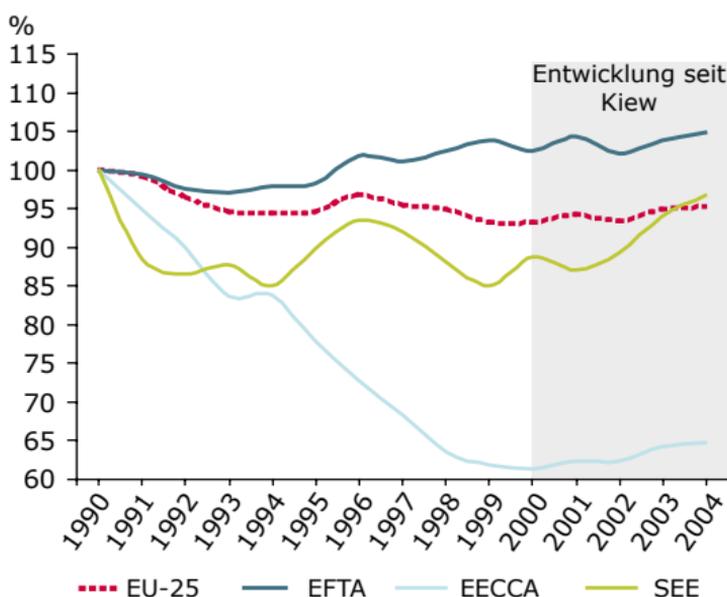
Klimawandel

Die Treibhausgasemissionen haben in den letzten Jahren in den meisten europäischen Ländern zugenommen und werden Prognosen zufolge auch künftig steigen. Viele europäische Länder haben nationale Programme zur Emissionsminderung erstellt. Dennoch werden einige von ihnen Schwierigkeiten haben, ihre Kyoto-Ziele zu erreichen.

Das unter das Rahmenabkommen der Vereinten Nationen zum Klimawandel fallende Kyoto-Protokoll und der erste Verpflichtungszeitraum stellen nur einen ersten Schritt zur Bekämpfung des Klimawandels dar.

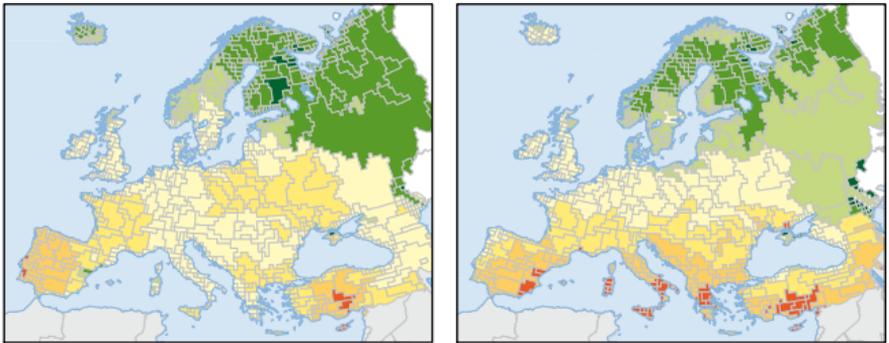
Die globalen Emissionen werden bis zum Jahr 2050 um bis zu 50 % reduziert werden müssen, um den Temperaturanstieg auf maximal 2 °C über dem vorindustriellen Stand zu begrenzen; dies ist das Ziel, das dem Vorschlag der EU zufolge zur Vermeidung nicht akzeptabler künftiger Auswirkungen des Klimawandels erforderlich ist.

Entwicklung der Treibhausgasemissionen insgesamt



Quelle: Abbildung 3.4 des vierten Lageberichts.

Prognostizierte Veränderungen des jährlichen Flussabflusses in Europa für das Jahr 2070 im Vergleich zum Jahr 2000



Basierend auf Daten von zwei verschiedenen Klimamodellen:
ECHAM4 (links) und HadCM3 (rechts)

Abnahmen Geringe Veränderungen Zunahmen



- 50 % - 25 % - 10 % + 10 % + 25 % + 50 %

Im Bericht
nicht
erfasst

Quelle: Karte 3.3 des vierten Lageberichts.

Einige unvermeidliche Folgen des Klimawandels werden den Prognosen zufolge die meisten Sektoren der Wirtschaft sowie die natürlichen Ressourcen betreffen – selbst bei umfassenden Programmen zur Abschwächung der Klimaveränderungen. Daher ist die Anpassung an diese Auswirkungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Politiken und Maßnahmen in allen Sektoren der Gesellschaft dringend nötig.

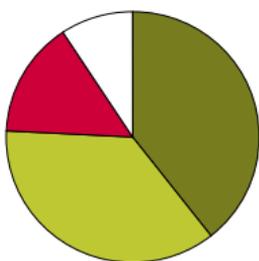
Biologische Vielfalt

Der Rückgang der biologischen Vielfalt und der Verlust von ökologischen Dienstleistungen sind nach wie vor überall in der paneuropäischen Region von großem Belang. Darüber hinaus nimmt die Zahl invasiver Arten in der Region weiterhin zu.

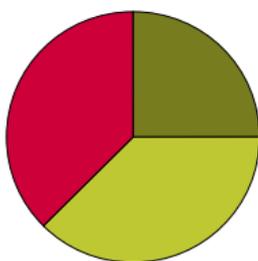
Das übergreifende Ziel der Beschlusses von Kiew, den Verlust an biologischer Vielfalt in der Region bis zum Jahr 2010 aufzuhalten, wird ohne erhebliche zusätzliche Anstrengungen und Ressourcen nicht erreicht werden können. Allerdings werden Programme in den Bereichen Kommunikation, Bildung und Sensibilisierung gemäß des Beschlusses von Kiew umgesetzt.

Beim Aufbau ökologischer Netze wurden erhebliche Fortschritte erzielt: Das paneuropäische ökologische Netzwerk (PEEN, „Pan-European Ecological Network“)

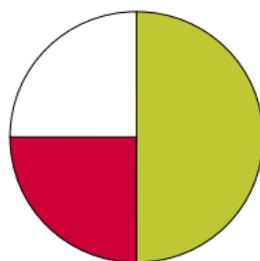
Fortschritte bei der Entwicklung nationaler Strategien für invasive Arten



WCE (n = 32)



SEE (n = 8)

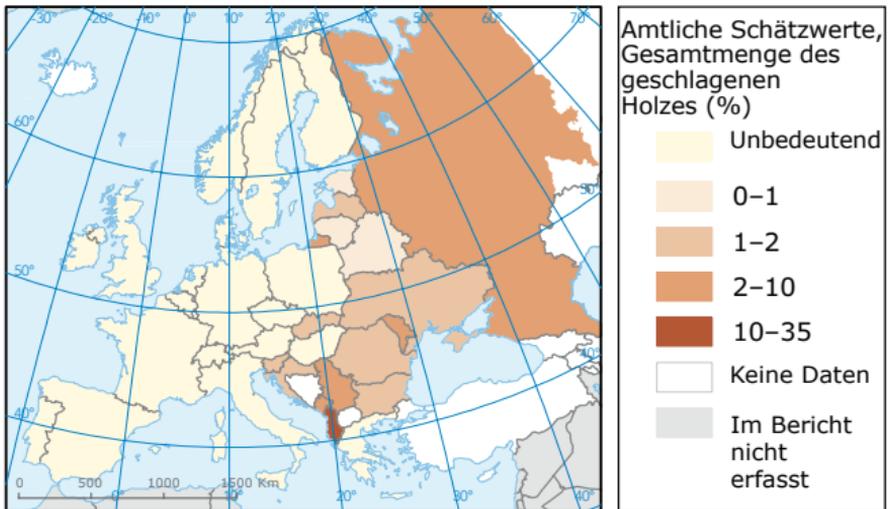


EECCA (n = 12)

- Eine nationale Strategie zu invasiven Arten wurde ausgearbeitet, oder die Arbeiten zur Ausarbeitung einer solchen Strategie laufen
- Invasive Arten werden in der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt bzw. in dem an das Übereinkommen über die biologische Vielfalt gemeldeten Aktionsplan ausdrücklich anerkannt
- Auf nationaler Ebene wurden keine Maßnahmen in Bezug auf invasive Arten festgestellt
- Keine Informationen

Quelle: Abbildung 4.12 des vierten Lageberichts.

Ausmaß des illegalen Holzeinschlags in ausgewählten Ländern (2000–2004)



Quelle: Karte 4.5 des vierten Lageberichts.

und das Natura-2000-Netzwerk nehmen Gestalt an, doch gibt es immer noch unzureichende Informationen über ihren Erhaltungsstatus.

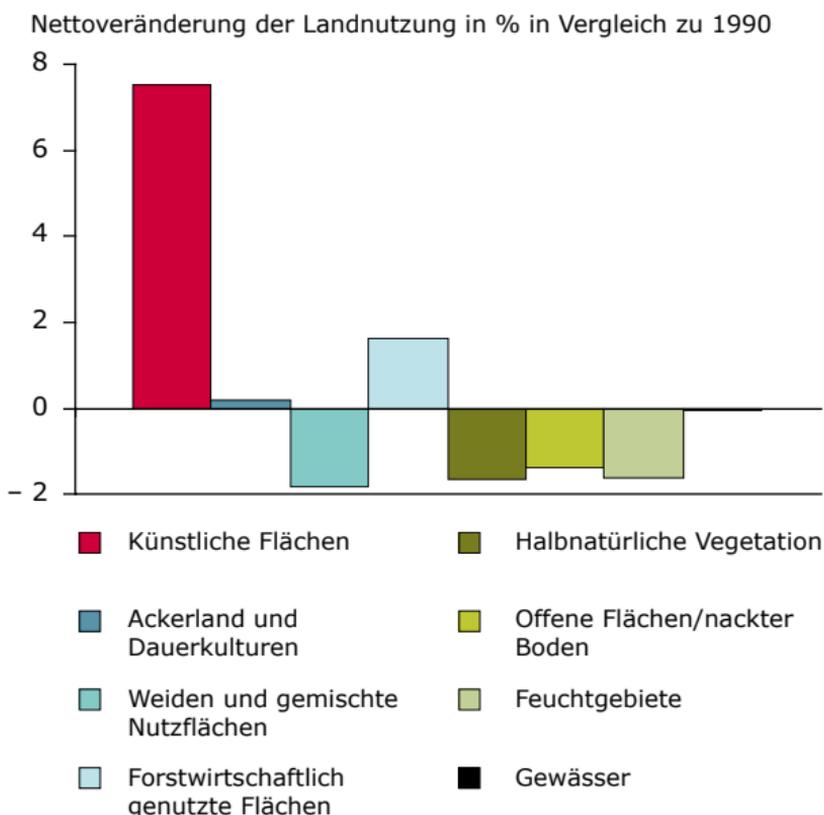
Umweltbelange werden in zunehmendem Maße in die Sektoren Forstwirtschaft und Landwirtschaft integriert. Nichtsdestoweniger führt die Landwirtschaft nach wie vor zu erheblichen Belastungen für die biologische Vielfalt. Das spezifische politische Ziel, bis zum Jahr 2006 das gesamte Agrarland „mit hohem Naturwert“ auszuweisen, wurde nicht erreicht.

Meeres- und Küstenumwelt

Eutrophierung stellt in allen umschlossenen Meeren und geschützten Meeresgewässern in der paneuropäischen Region nach wie vor ein Problem dar. Die Verringerung diffuser Nährstoffquellen, insbesondere aus der Landwirtschaft, bleibt eine wichtige Herausforderung und erfordert verstärkte Maßnahmen.

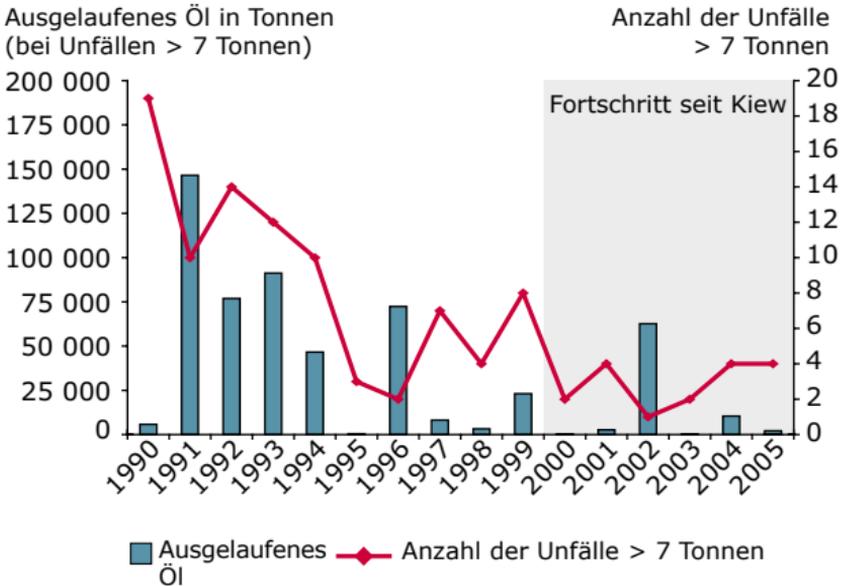
Überfischung ist in allen paneuropäischen Meeren noch immer weit verbreitet. Verbesserte Politiken und eine strengere Strafverfolgung sind für eine Erholung der Fischbestände nötig — insbesondere um die illegale Fischerei zu beenden, aber auch um die Auswirkungen der Fischerei auf das gesamte Meeresökosystem zu verringern.

Veränderungen bei der Landnutzung innerhalb der 10 km-Küstenzone in 17 der 22 Küstenmitgliedstaaten der EU (1990–2000)



Quelle: Abbildung 5.11 des vierten Lageberichts.

Unfallbedingte Ölverschmutzungen durch Tanker in europäischen Meeren



Quelle: Abbildung 5.8 des vierten Lageberichts.

Der Klimawandel wird sich aller Voraussicht nach auf Meere und Küsten, einschließlich der Meeresorganismen, auswirken. Anpassungsstrategien sollten auch Maßnahmen zur Verringerung anderer, nicht klimabedingter Belastungen umfassen, um die Widerstandsfähigkeit von Meeresökosystemen und Küstengebieten gegenüber dem Klimawandel zu stärken.

Maßnahmen im Rahmen von regionalen Meeresübereinkommen und EU-Politiken haben eine Verbesserung der Wasserqualität in den westlichen Meeren bewirkt, beispielsweise im Hinblick auf einige Gefahrenstoffe. Politiken, die auf die Verbesserung des allgemein schlechten Zustands der Meeres- und Küstenumwelt Europas ausgerichtet sind, sollten auf einem Ökosystem-Ansatz aufbauen.

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Das Konzept des nachhaltigen Konsums und der nachhaltigen Produktion hat seit der Konferenz von Kiew auf der politischen Tagesordnung mehr Bedeutung erlangt. Bisher sind jedoch erst wenige konkrete Ergebnisse erkennbar, und Durchführungsstrategien und Instrumente für die Bewertung von Umweltauswirkungen müssen noch eingeführt werden.

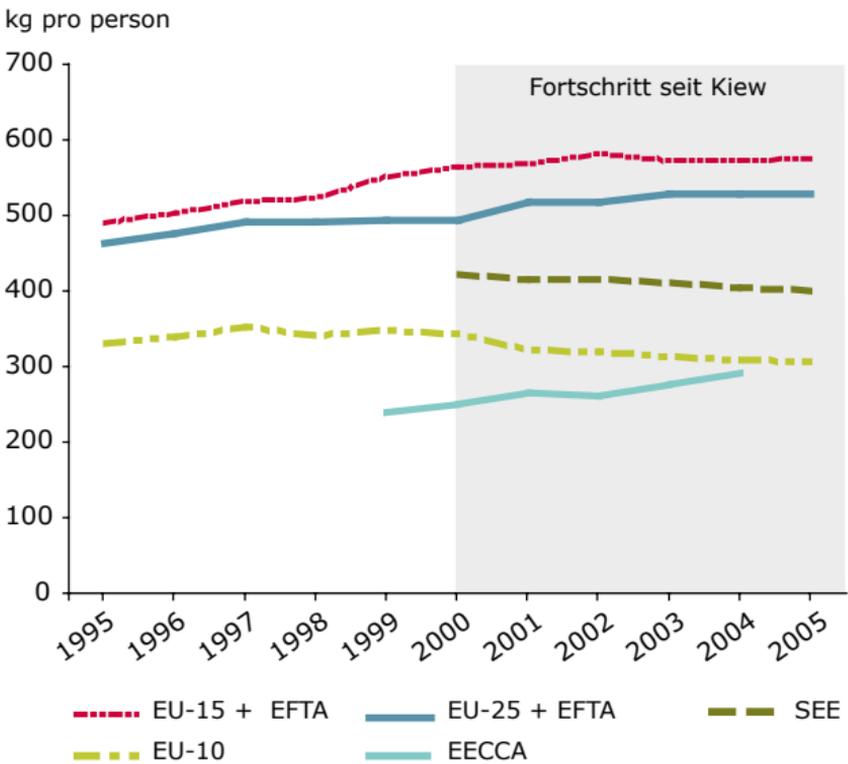
Die Pro-Kopf-Werte beim Ressourcenverbrauch sind in allen Regionen in den letzten Jahren stabil geblieben, und es wurde eine gewisse Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht. Die Effizienz des Ressourcenverbrauchs ist von Land zu Land sehr unterschiedlich, und sie ist in den EU-15 mehrfach höher als in den EU-10 und den SEE-Ländern, und bis zu zwanzig Mal höher als in den EECCA-Ländern.

Verbrauchsmuster ändern sich rasch, was durch sozioökonomische Veränderungen bedingt ist. Die Verbrauchskategorien mit den stärksten Umweltauswirkungen über ihren gesamten Lebenszyklus sind Lebensmittel und Getränke, Individualverkehr und Wohnungswesen. In der EU kristallisieren sich der Tourismus und der Flugverkehr als Schlüsselbereiche künftiger Auswirkungen heraus.

In der paneuropäische Region wird immer mehr Abfall erzeugt. Abfalldeponien, die in ökologischer Hinsicht nachteiligste Alternative, sind nach wie vor die gängigste Methode der Abfallwirtschaft in der Region. Die Mitgliedstaaten der EU haben hinsichtlich der Begrenzung des Anteils kommunaler Abfälle, der auf Deponien abgelagert wird, gewisse Fortschritte erzielt.

Viele EECCA- und SEE-Länder haben zwar Abfallstrategien und Abfallrechtsvorschriften erarbeitet, doch müssen diese erst noch wirksam umgesetzt werden.

Sammlung von kommunalen Abfällen



Quelle: Abbildung 6.20 des vierten Lageberichts.

Ordnungsgemäße Abfallsammlung und unbedenkliche Deponierung von Abfällen stellen nach wie vor eine Herausforderung dar. In einigen EECCA-Ländern besteht eine noch größere Herausforderung in der Gewährleistung der ökologischen Unbedenklichkeit und Sanierung von Altlasten im Bereich der Sondermülldeponien.

Sektoren: Landwirtschaft

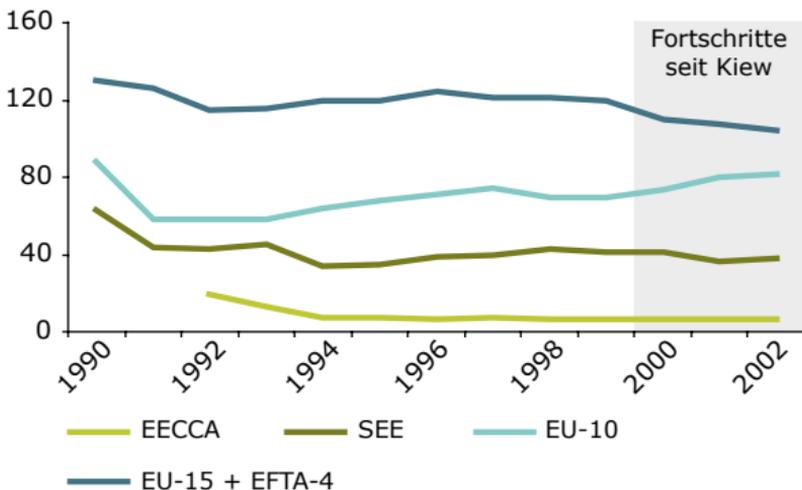
Die moderne, intensive Landwirtschaft hat durch Nutzung und Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden häufig negative Auswirkungen. Andererseits spielt der Ackerbau nach wie vor auch eine positive Rolle beim Erhalt der Landschaften und der biologischen Vielfalt Europas.

Die landwirtschaftlich bewässerte Fläche in den südlichen EU-15 und in den SEE-Ländern hat sich vergrößert, was auf eine fortgesetzte Tendenz zur Intensivierung der Landwirtschaft hindeutet. Bewässerung hat oftmals zu einer rückläufigen Entwicklung der Wasserressourcen und der Qualität, zu Versalzung und Bodendegradation geführt, insbesondere in den südlichen und östlichen EECCA.

Die meisten SEE- und EECCA-Länder werden weiterhin internationale Unterstützung benötigen, um ein besseres Umweltmanagement des Agrarsektors zu erreichen.

Düngemittleintrag je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

Mittlerer Düngemittelverbrauch (kg/ha)



Quelle: Abbildung 7.1.1 des vierten Lageberichts.

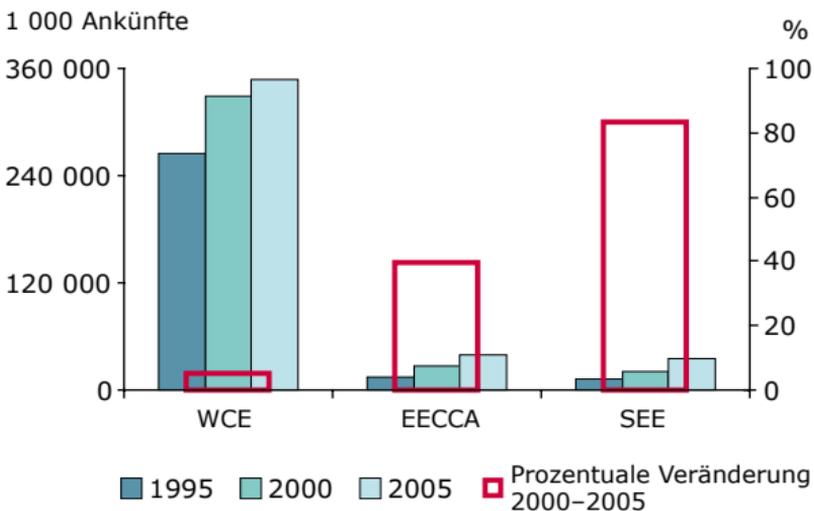
Sektoren: Tourismus

Die internationalen Ankünfte von Touristen in der paneuropäischen Region nehmen weiter zu. Der Tourismus ist eine der wichtigsten treibenden Kräfte für die gestiegene Nachfrage nach den umweltschädlichsten Verkehrsarten: dem Personenkraftwagen und dem Flugverkehr (letzterer ist als kritischer einzustufen).

Küsten, Inseln und Berge sind nach wie vor besonders anfällig für touristische Entwicklung. In einigen beliebten Zielregionen des Massentourismus ist es bereits zu einer — teilweise irreversiblen — Verschlechterung der lokalen Umwelt gekommen.

Prognosen zufolge werden die Auswirkungen des Tourismus infolge des zunehmenden Wohlstands und eines großzügigeren Lebensstils sowie aufgrund demografischer Veränderungen zunehmen. Das Verhalten von Touristen bleibt ein entscheidender Faktor für die Nachhaltigkeit des Tourismus Sektors.

Internationale Ankünfte von Touristen und prozentuale Veränderung



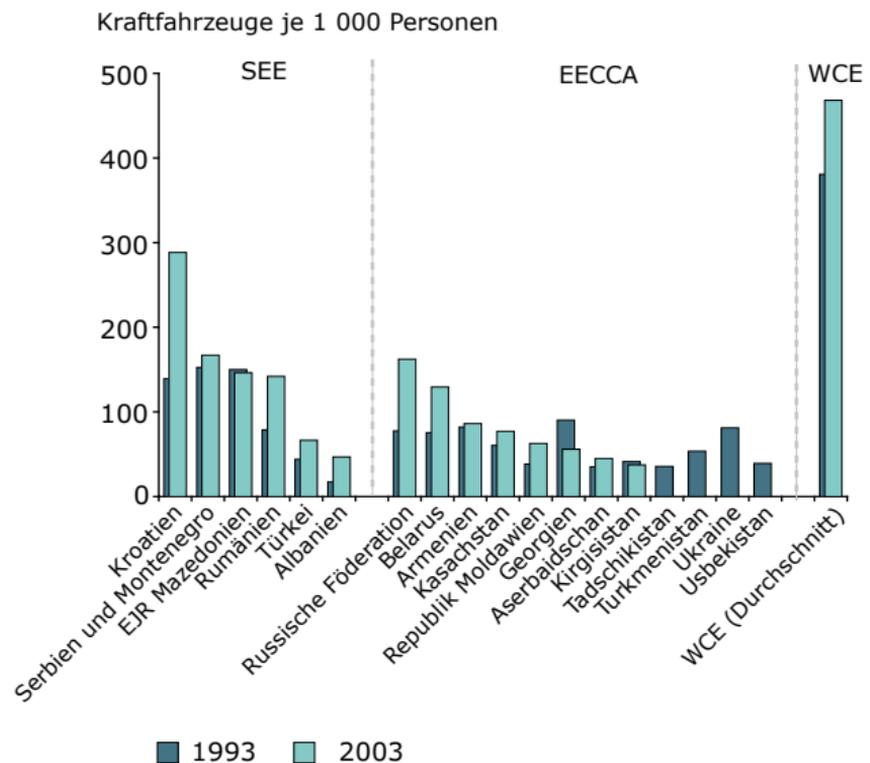
Quelle: Abbildung 7.4.2 des vierten Lageberichts.

Sektoren: Verkehr

Durch die allgemeine Zunahme des Verkehrs steigen auch der verkehrsbedingte Energieverbrauch und die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen in den SEE- und WCE-Ländern rasch an. Der verkehrsbedingte Energieverbrauch und die daraus resultierenden CO₂-Emissionen pro Kopf in den WCE-Ländern sind nach wie vor zwei- bis viermal so hoch wie in den SEE- und EECCA-Ländern.

Die Entwicklung wettbewerbsfähiger Lösungen für den Stadtverkehr ist eine Möglichkeit, wie Probleme im Zusammenhang mit Verkehrsstaus und Luftqualität bekämpft und die Verkehrssicherheit verbessert werden können. Um den öffentlichen Verkehr wettbewerbsfähig zu machen, muss er bei der Planung und Entwicklung von Städten berücksichtigt werden.

Kraftfahrzeugbesitz in Europa



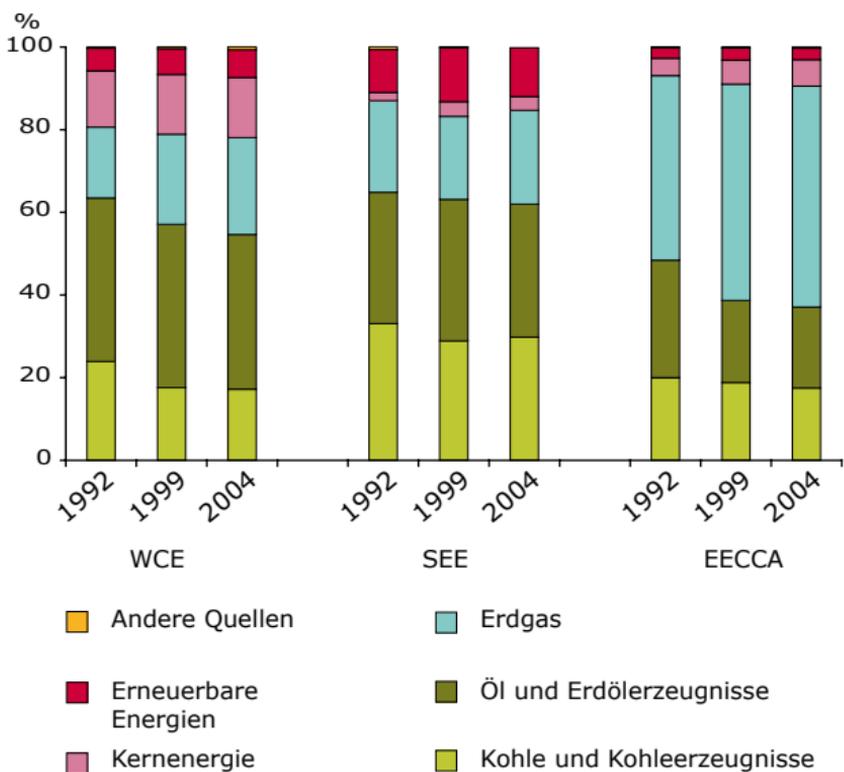
Quelle: Abbildung 7.2.5 des vierten Lageberichts.

Sektoren: Energie

Obwohl Verbesserungen bei der Energieeffizienz erzielt wurden und in einigen Bereichen zunehmend erneuerbare Energien genutzt werden, sind der Energieverbrauch und die daraus resultierenden Treibhausgasemissionen in der paneuropäischen Region seit der Konferenz von Kiew gestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen, falls keine zusätzlichen Politiken und Maßnahmen eingeführt werden.

Die Energiemärkte in den drei paneuropäischen Teilregionen sind eng miteinander verknüpft. Ein erheblicher Anteil der Erdgas- und Ölimporte in die WCE- und SEE-Länder stammt aus den EECCA-Ländern, und dieser Anteil wird Prognosen zufolge bis zum Jahr 2030 beträchtlich zunehmen.

Gesamtenergieverbrauch nach Brennstoffquelle



Quelle: Abbildung 7.3.3 des vierten Lageberichts.

Highlights des „Umwelt für Europa“ Prozesses

 1991	Erste Ministerkonferenz in Dobris Unterzeichnet: Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (UVP-Übereinkommen); VOC-Protokoll zu dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (CLRTAP) In Kraft getreten: NO _x -Protokoll zum CLRTAP
1992	Unterzeichnet: Übereinkommen über grenzüberschreitende Gewässer (TWC); Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (CTEIA)
 1993	Zweite Ministerkonferenz in Luzern
1994	Unterzeichnet: Protokoll über Schwefelemissionen zum CLRTAP
 1995	Dritte Ministerkonferenz in Sofia
1996	In Kraft getreten: Übereinkommen über grenzüberschreitende Gewässer (TWC)
1997	In Kraft getreten: Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (UVP-Übereinkommen); VOC-Protokoll zum CLRTAP
 1998	Vierte Ministerkonferenz in Aarhus Unterzeichnet: Übereinkommen von Aarhus (AC); Protokoll über persistente organische Schadstoffe zum CLRTAP; Schwermetallprotokoll zum CLRTAP Entry into force: Sulphur Emissions Protocol to CLRTAP
1999	Unterzeichnet: Protokoll über Wasser und Gesundheit zum TWC; Protokoll über bodennahes Ozon zum CLRTAP
2000	In Kraft getreten: Übereinkommen über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (CTEIA)

2001

In Kraft getreten: Übereinkommen von Aarhus (AC)

2002

 **2003**

Fünfte Ministerkonferenz in Kiew

Annahme der EECCA-Strategie
Entschließung von Kiew über die biologische Vielfalt
Unterzeichnet, aber nicht in Kraft (Stand Juni 2007):
PRTR-Protokoll zum AC; Protokoll über die
zivilrechtliche Haftung zum TWC; SEA-Protokoll
zum EIA

Unterzeichnet: Übereinkommen über
Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung der
Karpaten (Karpaten-Übereinkommen)

In Kraft getreten: Protokoll über persistente
organische Schadstoffe zum CLRTAP;
Schwermetallprotokoll zum CLRTAP

2004

2005

In Kraft getreten: Protokoll über Wasser und
Gesundheit zum TWC; Protokoll über bodennahes
Ozon zum CLRTAPTWC; Ground-level Ozone
Protocol to CLRTAP

2006

In Kraft getreten: Karpaten-Übereinkommen

 **2007**

Sechste Ministerkonferenz in Belgrad

2008

2009

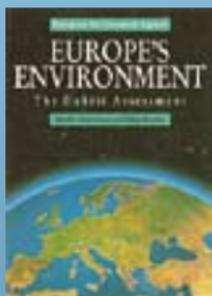
2010

 **2011**

Siebte Ministerkonferenz in Astana

„Umwelt für Europa“

Albanien	Monaco
Andorra	Montenegro
Armenien	Niederlande
Aserbaidtschan	Norwegen
Belarus	Österreich
Belgien	Polen
Bosnien-Herzegowina	Portugal
Bulgarien	Republik Moldawien
Dänemark	Rumänien
Deutschland	Russische Föderation
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	San Marino
Estland	Schweden
Finnland	Schweiz
Frankreich	Serbien
Georgien	Slowakei
Griechenland	Slowenien
Irland	Spanien
Island	Tadschikistan
Israel	Tschechische Republik
Italien	Türkei
Kanada	Turkmenistan
Kasachstan	Ukraine
Kirgisistan	Ungarn
Kroatien	Usbekistan
Lettland	Vereinigte Staaten von Amerika
Liechtenstein	Vereinigtes Königreich
Litauen	Zypern
Luxemburg	
Malta	



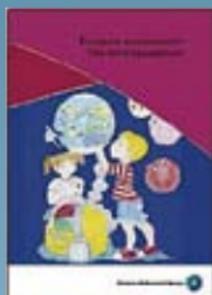
Europe's environment
The Dobris assessment

Sofia, 1995



Europe's environment
The second assessment

Aarhus, 1998



Europe's environment
The third assessment

Kiev, 2003



Europe's environment
The fourth assessment

Belgrad, 2007

Hier finden Sie weitere Informationen und können Sie diese Berichte herunterladen: www.eea.europa.eu/paneuropean

Europäische Umweltagentur
Kongens Nytorv 6
1050 Kopenhagen K, Dänemark

Tel.: +45 33 36 71 00
Fax: +45 33 36 71 99

Internet: eea.europa.eu
Anfragen: eea.europa.eu/enquiries

